

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
scriptionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

27. Jahrgang.

N^o. 69.

Sonnabend, den 12. Juni

1880.

Nächsten Dienstag, den 15. Juni 1880,
Nachmittags 4 Uhr soll im Wendler'schen Gasthof in Hundshübel
ein Leiterwagen

gegen Baarzahlung versteigert werden.

Eibenstock, den 11. Juni 1880.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.
Kreischmann.

Grundstücks-Versteigerung.

Die nachgelassenen Grundstücke des weil. Gutbesitzer Christian Friedrich Heinz
hier, Fol. 408 des Grund- und Hypothekenbuchs für Eibenstock, mit den Wirtschafts-

gebäuden Nr. 11, Abtheilung B des Brandcatasters für Eibenstock, sollen nebst Inventar

am 21. Juni 1880,

Vormittags 1/2 10 Uhr

an Ort und Stelle freiwilliger Weise versteigert werden.

Erfahrungslustige werden hiermit zum Erscheinen im Termine aufgefordert.

Die Versteigerungsbedingungen, sowie die nähere Beschreibung der Grundstücke
nebst Lage werden vom 14. dieses Monats ab an hiesiger Amtsstelle zur Einsicht-
nahme ausgehängt werden; auch wird Abschrift derselben gegen Erlegung der Co-
pialien ertheilt.

Eibenstock, am 9. Juni 1880.

Das Königl. Amtsgericht das.

Beichte.

Dr. H.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Cardinal Jacobini hat den Auftrag erhalten, der deutschen Regierung mitzutheilen, daß die Curie bereit sei, neue Verhandlungen mit Deutschland anzuknüpfen. Diese Nachricht entstammt der „Königlichen Zeitung“, welche sich in dieser Hinsicht schon öfters als gut unterrichtet erwiesen hat. Weniger glaubhaft klingt eine Mittheilung der „Conservatore“ in Rom, wonach eine aus Mitgliedern der Centrumfraction des deutschen Reichstages bestehende Deputation in Rom eingetroffen sei, um dem Papste zu rathe, alle Verhandlungen mit dem Fürsten Bismarck abzubrechen, aber keine günstige Aufnahme bei Papst Leo gefunden habe. — Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom Dienstag unter dem Vorsitze des Reichskanzlers den Antrag Preußens, betreffend die Einverleibung der unteren Elbe in das Zollgebiet, in erster Berathung mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

— Fürst Bismarck äußerte einem „hochgestellten Diplomaten“ gegenüber, daß es ihm scheine, gegenwärtig wüßten selbst diejenigen Kreise, welche doch eigentlich selbstständig entscheiden sollten, nichts Besseres zu thun, als eine byzantinische Liebedienerei gegen den mutmaßlichen und oft sogar auch falsch berechneten Willen der Massen des Volkes zu pflegen. Die Furcht vor der Majorität beherrsche die Lage! — Allerdings hat Fürst Bismarck überall dort, wo er etwas Außerordentliches schuf, stets gegen die Majorität und oft gegen den ganzen Nationalwillen überhaupt ankämpfen müssen. Fürst Bismarck hatte aber Recht mit seinen Ansichten und denn auch den einheitlichen Willen, seine Pläne durchzusetzen — dieser einheitliche Wille fehlt aber eben der vielföpfigen Masse ganz und gar. Wo aber eine minder mächtige Persönlichkeit an der Spitze eines Staates gegen die Stimmenmehrheit oder auch gegen den Volkswillen ankämpfen wollte, da würde die Sache nicht immer gut enden.

— Je näher wir dem Moment der Eröffnung der Botschafter-Conferenz in Berlin rücken, desto mehr scheint sich die Ueberzeugung geltend zu machen, daß die griechische Grenzregulierungsangelegenheit durch die europäische Diplomatie nicht wird entschieden werden. Die Pforte will in keine Verkleinerung und Zerbröckelung ihres Länderbesitzes willigen, und die Griechen können nirgends eine feste Stütze für die Verwirklichung ihrer wenn auch noch so berechtigten Ansprüche gewinnen. Man spricht zwar viel von dem innigen Einverständnis, das zwischen der englischen und französischen Regierung bezüglich der griechischen Frage bestehe, und daß man in London wie in Paris entschlossen sei, auf die Abtretung Janina's an Griechenland zu bestehen. Der Sultan und seine Minister sind aber nicht minder entschlossen, Janina nicht herauszugeben, und so könnte denn die Entscheidung nur durch den Erfolg einer militärischen Action gegenüber der Pforte herbeigeführt werden. Welche Nacht sollte nun mit der Türkei zu Gunsten Griechenlands Krieg führen wollen? Die fran-

zösischen Blätter betrachten es als etwas ganz Selbstverständliches, daß Frankreich in der Orientangelegenheit nicht aus seiner Reserve heraustrete; sie erinnern an die Expedition nach Mexiko und die ungeheuren nutzlosen Opfer, welche dieselbe Frankreich gekostet und glauben vor ähnlichen abenteuerlichen Unternehmungen warnen zu müssen. Daß die übrigen Mächte wegen Janina's der Türkei ernstliche Verlegenheiten bereiten sollten, ist gleichfalls nicht anzunehmen, sie werden der Einsetzung einer internationalen Commission für die Verichtigung der türkisch-griechischen Grenze an Ort und Stelle zustimmen, im Uebrigen aber Griechenland seinem Schicksale überlassen.

— Aus dem Meininger Unterland. Die neue Tabaksteuer fängt an, für uns recht fühlbar zu werden. Sonst konnte man die Tabakspflanzen weit oder eng, je nach Belieben und Bedürfnis setzen; den Raum zwischen den Pflanzen benutzten die ärmeren Leute, denen ein Garten mangelte, um ihn mit Kunkel- oder Gemüsepflanzen auszufüllen und so jedes Fleckchen nutzbar zu machen. Jetzt dürfen die Tabakspflanzen nur nach Vorschrift in einer bestimmten Weite gesetzt werden, und es ist der Leuten strenge verboten, andere Pflanzen zwischen diesen anzubringen. Es dünkt Vielen schon hart genug, daß sie neben Grund und Boden auch noch das Besteuern müssen, was sie darauf bauen, und nun noch diese Beschränkung dazu! Man sieht, der Schnürleib, der uns angelegt worden ist, wird enger zusammengezogen und verfestigt uns etwas den Athem.

— Zu den in der letzten Zeit sich mehrenden Eisenbahnunfällen gefiel sich die Nachricht von einem Grubenunglück, das sich Dienstag Vormittag 11 Uhr auf der Zeche Neu-Iserlohn, bei Langendreer zwischen Witten und Dortmund gelegen, ereignet hat. Die Zeche „Neu-Iserlohn“ ist eine Unglückszeche; zum vierten Male im Laufe der letzten Jahre ist sie nunmehr der Schauplatz von Unglücksfällen durch schlagende Wetter geworden, und wenn diesmal das Unglück auch nicht so groß ist, wie das erste im Jahre 1868, bei dem 83 Bergleute das Leben verloren, so ist der Verlust von 22 Menschenleben, zu dem noch mehrere Verwundungen kommen, beklagenswerth genug und wohl geeignet, die Frage anzuregen, ob es nicht angezeigt sei, den Betrieb auf dieser gefährlichen Zeche, bei der sich alle Vorsichtsmaßregeln unwirksam erweisen, zu inhibiren. Nähere Details über das Unglück giebt folgender Bericht: Die Explosion schlagender Wetter auf Zeche Neu-Iserlohn bei Dortmund ist genaueren Nachrichten zufolge leider von den allertraurigsten Folgen begleitet gewesen. Die Explosion fand auf der Tiefbausohle des Schacht II im Bremsberg des Flöz 12 statt, woselbst 45 Mann beschäftigt waren; schlagende Wetter entzündeten sich aus bis jetzt noch unbekannter Ursache, und es wurden dabei 19 Mann sofort getödtet und 7 schwer verwundet, von wovon 2 so bedeutend verletzt sind, daß an ihre Rettung nicht zu denken ist. (Nach anderen Nachrichten sollen Beide auf dem Transport zum Krankenhaus bereits verstorben sein.) Der Schacht II, wel-

cher erst vor sieben Jahren abgeteuft worden, galt bisher für ziemlich wetterfrei, speciell im Gegenfah zu dem alten Schacht, in welchem vor mehreren Jahren mehr als 100 Bergleute verunglückten. Die Wetterführung in dem neuen Schacht ist, wie versichert wird, eine vortreffliche, und vor dem Befahren desselben durch die verunglückte Mannschaft war auch die ganze Strecke von Grubenbeamten revidirt und wetterfrei befunden worden, so daß man in der That vor einem vorläufig in seiner Ursache unaufgeklärten Unglück steht. Die Explosion hat neben dem Verlust von vieler Menschenleben auch große Verwüstungen im Gestein verursacht, die Wetterführung aber intact gelassen. Auf welche Weise die Entzündung der Wetter herbeigeführt wurde, ob wiederum, wie so oft, der unverzeihliche Leichtsin im vorliegt, daß einer der Bergleute bei geöffneter Lampe arbeitete, hat natürlich noch nicht und wird vielleicht nie festgestellt werden können, denn derjenige, welcher allein darüber Auskunft zu geben vermöchte, ruht vermutlich als Leiche neben den Kameraden, welche er mit sich in den Tod gezogen hat. Das Oberbergamt hat sofort eine eingehende Untersuchung veranlaßt, deren Resultat ohne Zweifel der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben wird.

— Schweiz. Bern, 6. Juni. Die Erfahrungen, welche man im Canton Genf mit dem Gesetz, betreffend die Trennung der Kirche von dem Staate macht, scheinen — so jung sie sind — wenig erbaulich zu sein. Es darf als sicher angesehen werden, sagen die „Bernischen Nachrichten“, — daß das Gesetz ein todtgebornes Kind ist. Selbst die großräthliche Mehrheit, der es sein Dasein verdankt, soll von dessen Lebensfähigkeit nicht überzeugt sein. Die Trennung von Kirche und Staat war ein Feldgeschrei, unter welchem die in allen Farben schimmernde Opposition sich zusammenschaarte; sie wurde dem Volke als das ebenso einfache wie sichere Mittel gepriesen, den kirchlichen Streitigkeiten mit einem Schlage ein Ende zu bereiten, und es ist sehr wahrscheinlich, daß der Sieg, den die Opposition bei den leztjährigen Großrathswahlen davontrug, zum großen Theil dieser Friedensbotschaft zu verdanken war. Dem täglich mit immer größerer Festigkeit erneuernden Kampfe ist am Ende ein ehrenvoller Frieden vorzuziehen. Allein kaum war der Wahlsieg errungen, so zeigten sich auch alsbald die großen Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung des Programms entgegenstanden, naturgemäß entgegenstehen mußten. Als in der ersten Session des neuen Großen Rathes Henri Bazy, der hauptsächlichste Vertreter des Trennungsgedankens, einen dahin gehenden Gesegentwurf vorlegte, wurden aus der eigenen Partei heraus so zahlreiche Bedenken laut, daß schließlich die Vertagung beschlossen werden mußte, und man wird nicht irre gehen, wenn man die nun erfolgte Erledigung der Angelegenheit vor allen Dingen der Nothwendigkeit zuschreibt, in welcher die Mehrzahl sich befand, ihr Versprechen zu lösen.

— Rußland. Der seit Langem drohende Krieg